



STADTAMT BREMEN OFFIZIELL AUFGELÖST

Neue Ämter gegründet – GdP-Forderungen bleiben!

Das Stadtamt Bremen wurde nach Beschluss des Senats in seiner bisherigen Struktur als zentrale Dienstleistungsbehörde für die Stadtgemeinde Bremen zum 1. April 2017 aufgelöst. Die Aufgaben werden nun in kleineren Organisationseinheiten wahrgenommen. Staatsrat Thomas Ehmke (SPD) erklärte dazu in der Innendeputation Ende März, dass die Neustrukturierung des Stadtamtes in kleinere und flexiblere Einheiten eine verbesserte Steuerungsfähigkeit mit dem Ziel einer möglichst hohen Wirksamkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremen ermöglichen soll.

Neu gegründete Ämter sind:

Migrationsamt

Das Migrationsamt ist für die Stadtgemeinde Bremen die zuständige Ausländerbehörde nach § 71 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes sowie Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsbehörde im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Unsere Kolleginnen und Kollegen bearbeiten die gesamte Bandbreite des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts:

- die Einreise mit Visum zur Beschäftigung, zum Studium oder zum Familiennachzug,
- die Beratung in aufenthaltsrechtlichen Fragen,
- die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln,
- die aufenthaltsrechtliche Begleitung des Asylverfahrens,
- die aufenthaltsrechtliche Begleitung von unbegleiteten Minderjährigen,
- die Entscheidung über Anträge auf Einbürgerung und über andere staatsangehörigkeitsrechtliche Fragen,
- die aufenthaltsrechtliche Begleitung der Ausreise, wenn kein Aufenthaltstitel erteilt werden kann.

Bürgeramt

Das Bürgeramt ist für Straßenverkehrsangelegenheiten und die Aufgaben des BürgerServiceCenter zuständig. Unsere Kolleginnen und

Kollegen bearbeiten:

- Kfz-Zulassungen
- Fahrerlaubnisangelegenheiten
- Personalausweise/Reisepässe/Kinderreisepässe
- Meldeangelegenheiten
- Wohnungsan-, um- und abmeldungen
- Melderegisterauskünfte



Solche Bilder soll es mit der Auflösung des Stadtamtes nicht mehr geben.

- Beglaubigungen
- Verpflichtungserklärungen
- Fischereischeine

Ordnungsamt

Seit 1. April 2017 werden gewerbe- und ordnungsrechtliche Angelegenheiten im Ordnungsamt bearbeitet. Das Ordnungsamt wird somit zur Ortspolizeibehörde für die Stadtgemeinde Bremen. Das Ordnungsamt ist auch zuständig für sämtliche Anträge und Verlängerungen nach dem Bremischen Psychisch-Kranken-Gesetz (PsychKG). Unsere Kolleginnen und Kollegen bearbeiten auch:

- Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
- Waffen- und Jagdangelegenheiten
- Fundangelegenheiten
- Verkehrsordnungswidrigkeiten
- Allgemeine Ordnungswidrigkeiten
- Verkehrsüberwachung

Ebenfalls seit dem 1. April wurden Gewerbe-, Gaststätten- und Marktangelegenheiten zu der Abteilung 5 des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen verlagert. Alle Detailinformationen sind auch online nachzulesen unter: www.stadtamt.bremen.de.

Die städtische Deputation für Inneres beschloss den Vorschlag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition ge-

gen die Stimmen der Opposition aus CDU und FDP bei Enthaltung des Deputierten Wesemann.

Kleiner = effizienter?

Die Aufgaben der neuen Ämter bzw. der ehemaligen zentralen Dienstleistungsbehörde sind vielfältig. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind Profis in den unterschiedlichsten Gebieten. Im vergangenen Jahr machte die GdP Bremen öffentlich massiv Druck, um die unhaltbaren Zustände im

Fortsetzung auf Seite 2



STADTAMT BREMEN OFFIZIELL AUFGELÖST

Fortsetzung von Seite 1

Stadtamt Bremen zu verbessern. Offiziell fiel 2012 der Startschuss zur Modernisierung des Stadtamtes Bremen. Das Ziel dieser Modernisierung war und ist „eine größere Kundenzufriedenheit“ und „eine Arbeitsentlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ so Innensenator Mäurer (SPD).

Das Stadtamt verfügte über ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen jeder im Durchschnitt 33 Tage krank war. Personelle Vakanzten wurden zunehmend durch die Zuweisung von Nachwuchskräften kompensiert. Diese Lösung erwies sich leider nicht als nachhaltig. Nun die Zerschlagung in kleinere Ämter. Löst diese Zerschlagung die angesprochenen Probleme?

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Juni-Ausgabe 2017**, Landesjournal Bremen, ist der **7. Mai 2017**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

Beispiel Standesamt

Aufgrund deutlich gestiegener Fallzahlen und einer nicht ausreichenden Personalausstattung konnten Geburtsurkunden nur noch mit unzureichend langen Bearbeitungszeiten von mehreren Monaten erteilt werden. Dies führte bei den betroffenen Eltern zu vielfältigen Schwierigkeiten. Die Situation im Standesamt spitzte sich Mitte Juli 2016 derart zu, dass ein ordnungsgemäßer Dienstbetrieb auch nicht mehr nur im Ansatz aufrechterhalten werden konnte.

Das Standesamt Bremen-Mitte war nur noch sehr eingeschränkt erreichbar,

telefonische und schriftliche Anfragen konnten über Wochen nicht mehr bearbeitet werden. Persönliche Vorsprachen mussten ebenfalls häufig abgewiesen werden, wodurch sich die Publikumsituation im Einzelfall bis hin zu **tätlichen Auseinandersetzungen** verschärfte.

Wegen weiterer Personalausfälle vor allem auf der Führungsebene musste das Standesamt zum Schluss für zwei Tage gänzlich für das Publikum schließen. Der Senator für Inneres hat daraufhin die unmittelbare Steuerung des Standesamtes Bremen-Mitte übernommen und interimweise den ehemaligen Geschäftsleiter des Amtsgerichts Bremen, Herrn Heinz-

GdP-SERVICE-GMBH

GdP-Party 2017



Maritimes Summer Special der GdP

Unter grünen Segeln mit dem markanten „Sail away“, die GdP Party 2017

Maritimer Abend mit Hochseegenuss für alle Sinne!

Bella Mare & die Beachbuben schippern mit uns übers weite Meer und zu fernen Häfen, der Chefkoch verwöhnt uns mit einem reichhaltigen Grillbüfett

Boarding ab 18.00 Uhr

Kartenreservierung ab sofort in der GdP-Geschäftsstelle, Tel. 04 21-9 49 48 50

Eintritt inkl. Grillbüfett 20,00 € pro Person



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



STADTAMT BREMEN OFFIZIELL AUFGELOST

Jürgen Nagel, bis zum 28. Februar 2017 als Sonderbeauftragten im Standesamt Bremen-Mitte eingesetzt. [Quelle: Vorlage 19/121 städtische Deputation 30. März 2017] Außerdem wurde eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, darunter vor allem die **Anordnung von Überstunden**.

Zum Abbau der Rückstände bei den beurkundungsfähigen Geburtsfällen wurden im Einvernehmen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Überstunden angeordnet. Im August und September waren nach 330 Überstunden 552 beurkundungsfähige Geburtsvorgänge abgearbeitet.

Mitarbeiterbeteiligung

Veränderungsprozesse erfahren Akzeptanz und können erfolgreich gestaltet werden, wenn die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig umfassend informiert und mit ihrer Expertise beteiligt wer-

den. Es wurden daher anfangs wöchentlich, inzwischen im 14-tägigen Rhythmus Dienstbesprechungen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – bis 1. März 2017 – unter Beteiligung des Senators für Inneres durchgeführt.

Es wurden ebenfalls mehrere Personalmaßnahmen getroffen, d. h. zusätzliches Personal wurde bewilligt und Nachwuchskräfte fest übernommen. Außerdem soll das Personal besser und mehr qualifiziert werden.

GdP fordert gleiche Aufmerksamkeit für neue Ämter

Diese Veränderungen machen deutlich, dass unsere Forderungen und Positionen richtig sind. Unsere Forderungen bleiben:

- mehr Personal in den einzelnen Ämtern
- mehr Mitarbeiterbeteiligung

- bessere Perspektive für Beschäftigte
- bessere und moderne IT-Ausrüstung und Räumlichkeiten

Die Erfolge im Standesamt müssen zur Folge haben, dass die neu gegründeten Ämter mindestens die gleiche Aufmerksamkeit des Senats erfahren.

Die Gewerkschaft der Polizei wird die neu gegründeten Ämter mithilfe der GdP-Fachgruppe Stadtamt und engagierten Kolleginnen und Kollegen in den Personalvertretungen und unserer Gewerkschaft unter die Lupe nehmen und weiterhin eine starke Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte bleiben!

Für Rückfragen rund um die GdP-Mitgliedschaft speziell für Tarifangestellte und Beamtinnen und Beamte in den neuen Ämtern steht euch die GdP persönlich zur Verfügung.

Jochen Kopelke

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2016 BREMEN

GdP Bremen: Erfolge durch professionelle Polizeiarbeit

Die steigende Aufklärungsquote und erste kleine Erfolge konzentrierter Schwerpunktarbeit sind nach den Worten des Vorsitzenden der Bremer Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, ein klarer Beweis für die Qualität der hiesigen Polizeiarbeit. Alleingelassen fühlten sich Polizisten aber dennoch, sagte Kopelke in der Hansestadt anlässlich der Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2016 durch Innensenator Ulrich Mäurer.

Die objektive und ungeschönte Darstellung der Kriminalitätslage im Land Bremen, unter Bezugnahme auf die deutlich angestiegene Kriminalität durch Zuwanderer, ist aus Sicht des Bremer GdP-Landesvorsitzenden wichtig. Festzustellen ist auch, dass die Kriminalität seit 2014 massiv ansteigt. Kopelke: „Mit massivem Personaleinsatz gelangen uns Polizisten Erfolge, das zeigt uns die Kriminalstatistik 2016 eindeutig. Die Bereiche, in denen das Personal abgezogen wurde, fallen aber in der Statistik negativ auf.“ Diebstahlsdelikte, Straftaten

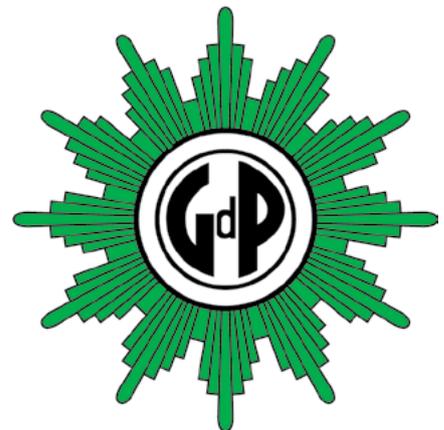
Kopelke: „Polizei alleingelassen“

gegen ältere Menschen oder Cyberkriminalität könnten nicht effektiv genug bearbeitet werden, denn es fehle weiterhin an Personal, insbesondere Spezialisten, betonte der GdP-Landeschef.

Erfreulich sind aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei die gesunkenen Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Bremen und Bremerhaven. Aufgrund der Tatsache, dass aber immer noch jeden Tag mindestens ein Polizist im Land Bremen Opfer einer Straftat wird, fordert die GdP, dieses Thema nicht von der Schwerpunktsetzung der Polizeien zu streichen. „Bei den extremen Personalsorgen, können wir auf keinen Kollegen verzichten. Nicht durch Krankheit oder durch Übergriffe im dienstlichen Alltag“, sagte Kopelke. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher den Senator für Inneres auf, mehr Ressourcen für das Gesundheitsmanagement, Ausrüstung, Gebäude, Technik sowie Aus- und Fortbildung bereitzustellen.

Aufgrund des Personaltiefstandes ist Schwerpunktsetzung der Polizei unerlässlich. „Voraussichtlich

2020 erreichen wir die Stärke von 2600 bei der Polizei Bremen. So lange werden Lücken bei der polizeilichen Arbeit entstehen“, warnte Kopelke. Als richtigen Schritt bewertete die GdP, dass Innensenator Mäurer die Zielzahl der Polizei Bremen mittlerweile als zu niedrig bewertet. Die GdP fordere jedoch weiterhin modifizierte Zielzahlen: mindestens 2800 bei der Polizei Bremen und 540 bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven.



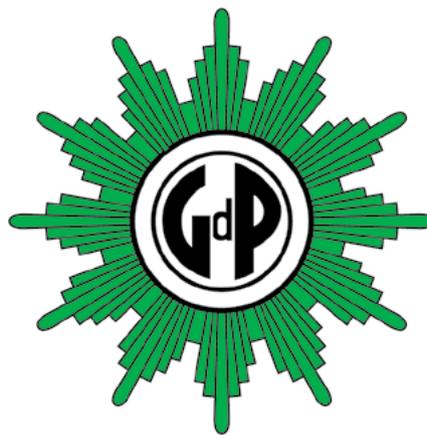
Malchow: Klares Signal an Einbrecher

GdP zur Einigung der Koalitionsparteien auf härtere Strafen bei Wohnungseinbruch

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die Absicht der Koalitionsparteien, Wohnungseinbruchdiebstähle härter zu bestrafen. Für die Opfer solcher Delikte stelle das gewaltsame Eindringen in ihre Privatsphäre häufig eine gravierende seelische Belastung dar. Die beabsichtigte Erhöhung der Mindeststrafe für ein solches Delikt auf ein Jahr Gefängnis werde der Ausnahmesituation der Opfer gerecht, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Donnerstag in Berlin. Zudem, so Malchow weiter, sende der Rechtsstaat ein deutliches Signal an die Täter von Wohnungseinbrüchen.

Die beabsichtigte Gesetzesänderung erweitere zudem das Instrumentarium der Polizei und verbessere damit die Möglichkeit, den Tätern schneller habhaft zu werden. Der demnächst als schwere Straftat kategorisierte Wohnungseinbruchdiebstahl erlaube der Polizei, nach Zustimmung eines Richters die Telekommunikation von Verdächtigen auszuwerten. „Ermittlungen bei Wohnungsaufbrüchen sind meist zeit- und personalaufwendig, die Erweiterung des Aufklärungsinstrumentariums wird unseren Kolleginnen und Kollegen dabei helfen, wirksamer gegen Einbrecher vorzugehen“, sagte der GdP-Chef.

Angaben der GdP zufolge hat die Zahl der vollendeten und versuchten Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr abgenommen. Eine Analyse der bisher von den Ländern veröffentlichten Polizeilichen Krimi-



nalstatistiken für das Jahr 2016 ergebe einen Rückgang dieses Delikts in zwölf von dreizehn Ländern, erläuterte der GdP-Bundesvorsitzende. Drei Länder haben ihre Kriminalitätszahlen noch nicht veröffentlicht. Malchow: „Zu dieser positiven Entwicklung beigetragen haben neben

verstärkten präventiven Maßnahmen auch die Ausweitung von Schwerpunktkontrollen sowie die Bildung spezialisierter Ermittlungsstellen.“

Der GdP-Chef sieht unterdessen keinen Grund zur Entwarnung. Der Straftatenrückgang sei eine Momentaufnahme, seriöse Aussagen über Trends erforderten einen Betrachtungszeitraum von mehreren Jahren.

„Die Polizei muss auch weiterhin, viel Zeit und viel Personal investieren, um den Wohnungseinbruchdiebstahl wirksamer bekämpfen zu können“, sagte Malchow. Dieses dort notwendige Personal fehle aber womöglich an anderer Stelle. Erst 2021, so hatte die GdP vor rund zwei Wochen gemeldet, werde es etwa 12 000 Polizisten mehr geben. Diese verteilten sich mit über 7000 neuen Kolleginnen und Kollegen auf die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt. 5000 neue Polizistinnen und Polizisten würden in den Ländern ihren Dienst antreten. Nur in fünf Ländern, so die GdP, könne man von einem deutlichen Personalaufwuchs reden. Malchow: „Trotz einer insgesamt positiven Entwicklung heißt das, dass die Länder zu wenig gegen die sogenannte Alltagskriminalität tun.“

GdP-Pressestelle Bund

Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) -435*00-							
Bundesland	2016	2015	2014	2013	2012	Anstieg	%
Baden-Württemberg	11.095	12.255	13.483	11.295	8.572	-1.160	-9,5%
Bayern	7.470	7.480	8.210	6.385	5.709	-10	-0,1%
Berlin	11.507	11.815	12.159	11.566	12.291	-308	-2,6%
Brandenburg	4.180	4.436	3.991	4.001	3.735	-256	-5,8%
Bremen	3.082	3.544	3.555	3.439	3.568	-462	-13,0%
Hamburg	7.510	9.006	7.490	6.924	7.094	-1.496	-16,6%
Hessen	10.405	11.595	10.978	10.795	10.570	-1.190	-10,3%
Mecklenburg-Vorpommern	nnVO	1.521	1.530	1.521	1.413		
Niedersachsen	16.405	16.575	14.654	15.743	14.598	-170	-1,0%
Nordrhein-Westfalen	52.578	62.362	52.794	54.953	54.167	-9.784	-15,7%
Rheinland-Pfalz	6.744	7.125	5.819	5.858	5.479	-381	-5,3%
Saarland	1.947	2.437	2.485	2.095	2.031	-490	-20,1%
Sachsen	nnVO	4.257	3.869	3.620	3.840		
Sachsen-Anhalt	3.061	2.795	2.598	2.588	2.484	266	9,5%
Schleswig-Holstein	7.711	8.456	7.529	7.534	7.654	-745	-8,8%
Thüringen	nnVO	1.477	979	1.183	912		
Gesamt	143.695	167.136	152.123	149.500	144.117		

nnVO = noch nicht veröffentlicht

Stand: 30.03.2017



RESOLUTION DER PERSONALRÄTE**Gute Mitbestimmung gehört zum Standard einer zukunftsorientierten Verwaltung****Keine Diffamierung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes!**

Wir, die Personalräte und Ausbildungspersonalräte, die Jugend- und Auszubildendenvertretungen, die Frauenbeauftragten und die Schwerbehindertenvertretungen des bremischen öffentlichen Dienstes weisen entschieden zurück, das Bremische Personalvertretungsgesetz als verfassungswidrig zu diffamieren.

Die Probleme der Leistungsfähigkeit im bremischen öffentlichen Dienst sind nicht auf das Bremische Personalvertretungsgesetz zurückzuführen. Personalräte haben immer wieder gewarnt, dass es über kurz oder lang zu massiven Problemen – insbesondere durch Personalkürzungen bei gleichzeitig zunehmenden Aufgaben, aber auch durch Mängel bei der Organisation sowie bei der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben – kommen wird. Die Warnungen sind ignoriert worden. Jetzt den Personalräten oder dem Bremischen Personalvertretungsgesetz die Schuld zuzuweisen, ist infam.

Das Bremische Personalvertretungsgesetz wird am 3. Dezember 2017 60 Jahre alt. Seit 60 Jahren gewährleistet das Gesetz auf Grundlage von Artikel 47 der Bremischen Landesverfassung demokratische Rechte in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben. Es sichert durch gleichberechtigte Mitbestimmung die Einbeziehung der Interessen und Kompetenzen der Beschäftigten. Es schafft auf diese Weise erst die Voraussetzungen für gute betriebliche Abläufe. Es gewährleistet die Aushandlung von tragfähigen Kompromissen. Das Bremische Personalvertretungsgesetz sichert Lösungen (Einigungszwang) und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung durch kluge Regelungsmechanismen und Fristen.

Das Bremische Personalvertretungsgesetz hat sich über 60 Jahre bewährt – trotz aller Anfeindungen und Attacken. Es ist einige Male verändert, dabei im Grundsatz der Mitbestimmung auf Augenhöhe aber immer wieder bestätigt wor-

den. Denn: Dieses Gesetz ist ein wirkungsvolles Instrument für innerbetriebliche Demokratie und gute öffentliche Dienstleistungen. Schwierige, konflikthafte Mitbestimmungsverfahren, die es fraglos immer wieder gibt, sind nicht auf Konstruktionsmängel des Gesetzes zurückzuführen, sondern im Gegenteil auf dessen unvollständige Umsetzung. Häufig mangelt es schlicht an der gesetzlich vorgesehenen frühzeitigen Information und Einbeziehung von Personalräten.

Der bremische öffentliche Dienst steht vor vielen Herausforderungen. Der Senat hat sich im Rahmen des Programms Zukunftsorientierte Verwaltung viele Modernisierungsvorhaben vorgenommen, die unter anderem auch Fragen des Personals und E-Governments umfassen. Der Senat erkennt an: Ohne gleichberechtigte Mitbestimmung und Einbeziehung der Beschäftigten

Artikel 47 der Bremer Landesverfassung:

„Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in wirtschaftlichen, sozialen und personalen Fragen mitzubestimmen.“

können Veränderungen nicht erfolgreich sein.

Gute Mitbestimmung muss zum Standard guten Leitungs- und Verwaltungshandelns gehören – in allen Dienststellen und Betrieben der Freien Hansestadt Bremen.

Einstimmig beschlossen in der Personalräteversammlung am 23. März 2017.

ANGEHENDE SENIOREN**Vorbereitung auf den Ruhestand**

Was verändert sich für mich, wenn ich in den Ruhestand gehe? Was muss ich beachten, was erledigen? Wir beantworten euch die Fragen und helfen, Fehler zu vermeiden.

Termin und Ort:

Dienstag, 26. September 2017, 9 Uhr – ca. 16 Uhr, Geschäftsstelle der GdP, Bgm.-Smidt-Straße 78

Ein weiteres Seminar findet in der 2. Jahreshälfte in Bremerhaven im DGB-Haus statt.

Programm:

Pensionen und ihre Berechnungen – Pensionen und Rente - Krankenversicherung im Ruhestand - Pflegeversicherung – Beihilfe u. v. a. m. – allgemeine Fragen wie z. B. Patienten- u. Betreuungsverfügung, Vorsorgevollmacht. Sonderurlaub kann für dieses Seminar beantragt werden.

Anmeldungen ab sofort über die GdP/Geschäftsstelle: Telefon 04 21-9 49 58 53 oder E-Mail: bremen@gdp.de

Bitte auch schon jetzt für das Seminar in Bremerhaven anmelden!



Strafanzeige vom Sofa aus

Bestellungen über das Internet gehören inzwischen zum Alltag. Wir sitzen gemütlich zu Hause, surfen, stöbern bei Amazon, Ebay, auf Reiseportalen und freuen uns, wenn die Bestellung, Buchung oder der Verkauf bequem und zeitsparend von zu Hause aus möglich sind. Aber wenn das Fahrrad weg ist oder die Hauswand beschmiert, müssen wir zur nächsten Polizeiwache, um Anzeige zu erstatten.

Diese Zeiten sind seit dem 20. 3. 2017 in Bremerhaven und Bremen vorbei. Die Onlinewache macht's möglich. Bremen ließ sich Zeit mit der Möglichkeit, über das Internet Straf-

anzeige zu erstatten. In elf Bundesländern gab es bereits Onlinewachen, Bremen ist damit das zwölfte Bundesland, das die Strafanzeige per Mail anbietet.

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Uwe Schröter und der Geschäftsführung durch Nils Preukschas beschäftigte sich seit dem letzten Jahr mit der Planung, Programmierung und Umsetzung des ehrgeizigen Projekts. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Die ersten beiden Delikte, die jetzt online angezeigt werden können, sind Fahrraddiebstahl und Sachbeschädigung.

Wer auf der Internetseite der Polizei Bremen das Formular anklickt und ausfüllt, generiert damit eine Mail an das Lagezentrum. Hier wird kurz geprüft, ob der geschilderte Sachverhalt Sofortmaßnahmen erfordert oder ob es sich um eine Fake-Anzeige handelt.

Die Anzeigemail wird weitergeleitet an das Tatortrevier und hier einem Sachbearbeiter zugeschrieben.

Die Daten aus der Mail werden automatisiert in unser Vorgangsbearbeitungssystem @rtus übernommen. Der oder die Anzeigende erhält automatisch eine Antwortmail mit der Vorgangsnummer.

Bis zum Redaktionsschluss gab es 63 Onlineanzeigen, davon eine Fake-Anzeige. Die Rückmeldung der Sachbearbeiter ist durchweg positiv.

Mehrbelastung zu erwarten?

Stellt sich gewerkschaftlich die Frage, ob damit eine Mehrbelastung für die Kolleginnen und Kollegen verbunden ist? Nach ersten Einschätzungen wohl insgesamt eher noch nicht. Wir ersparen uns als Polizei die teils zeitintensivere Anzeigenaufnahme. Bei den Sachbearbeitern dagegen könnte es zukünftig zu einer Steigerung der Vorgänge kommen. Anzeige leicht gemacht wird dazu führen, dass mehr angezeigt wird.

Mittelfristig ist die Ausweitung auf weitere Deliktsfelder geplant, die über die Onlinewache angezeigt werden können, z. B. Betrugsfälle. Exemplarisch sei der sogenannte „Ebay-Betrug“ genannt. Hier gibt es derzeit ein großes Dunkelfeld, das einerseits damit aufgehellt werden könnte, aber andererseits der K 5 bereits heute angesichts der auf Halde liegenden Akten Schweißperlen auf die Stirn treiben dürfte.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bremen

Einladung zum 1. Mai 2017

EVG Bremen und GdP Bremen laden alle Mitglieder und deren Freunde zu einem

gemeinsamen Frühschoppen und Demonstration ein.

**09.00 Uhr Frühschoppen im
Bürgerhaus Weserterrassen
(Osterdeich 70b, 28205 Bremen)**

10.00 Uhr Abmarsch zum DGB-Sammelpunkt
10.15 Uhr Demonstration Osterdeich/Parkplatz Weserstadion
12.05 Uhr Kundgebung auf dem Domshof
danach Treffen auf dem Domshof

Für Rückfragen stehen wir euch jederzeit unter 0421/ 98504500 (EVG), 0421 / 9495850 (GdP) oder am 1. Mai unter 0151 / 67625563 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

EVG und GdP Bremen



ONLINEWACHE JETZT AUCH IN BREMEN

Man muss als Gewerkschaft nicht immer gleich die Forderung nach mehr Personal stellen. Allerdings sollte auch niemand auf den Gedanken kommen, mit der Einführung der Onlinewache seien Personalein-

sparungen zu erzielen. Eher ist über personelle Umschichtungen zugunsten der Sachbearbeiter nachzudenken.

Der eingeschlagene Weg ist meines Erachtens trotzdem der richtige.

Es gibt immer etwas zu verbessern, konstruktive Vorschläge dazu helfen, unsere Polizei noch bürgerfreundlicher zu machen.

Wolfgang Ahlers

LANDESFRAUENGRUPPE

8. März 2017 – Internationaler Frauentag

Der besondere Tag für Frauen wurde in diesem Jahr weder auf dem Marktplatz in Bremen noch im Rathaus mit Frauen aus anderen Gewerkschaften und Frauenverbänden begangen. Stattdessen hatte die Frauengruppe der GdP zu einem Kennenlerntag in die Aula der BePo eingeladen.

Kolleginnen des Studienjahrgangs 2016 und des Objektschutzes nutzten die Gelegenheit, etwas über die Polizei zu erfahren. Und wer ist schon geeigneter, dieses anschaulicher zu schildern, als Astrid Gaede, Sachgebietsleiterin des K 32.

Mit Spannung lauschten alle ihren mit Anekdoten untermauerten Schilderungen und erfuhren, mit welchen Schwierigkeiten Frauen bei der Polizei noch vor 20 Jahren zu kämpfen hatten.

Inzwischen, so die einhellige Meinung der „älteren Kolleginnen“, sind Frauen aus dem Polizeialltag nicht mehr wegzudenken und obendrein ein Gewinn für die Polizei.



Die Frauengruppe der GdP Bremen informierte anlässlich des Internationalen Frauentages die Kolleginnen des Studienjahrganges 2016 und des Objektschutzes über die Polizei.

in den Führungspositionen bei der Polizei nicht identisch mit ihrem Anteil in der Polizei?

Diese Fragen wurden nun von allen lebhaft mit dem Ergebnis diskutiert, dass sich noch einiges bei der Polizei verändern muss, um das gesetzlich Verankerte zu erreichen.

Das Fazit von allen war jedoch, dass Polizeiarbeit außergewöhnlich vielseitig und interessant ist.

Siggi Holschen
Landesfrauengruppe



Gewerkschaft der Polizei

Warum sollte es dann noch einen Internationalen Frauentag geben, fragte eine junge Kollegin. Muss für die Gleichberechtigung überhaupt noch gekämpft werden? Ist nicht alles gesetzlich ausreichend geregelt?

Selbstverständlich müssen Frauen bei der Polizei die gleichen Pflichten haben wie ihre Kollegen! Aber wie ist es inzwischen mit den gleichen Rechten gestellt?

Sind diese nur in den Gesetzen manifestiert? Warum ist der Frauenanteil

SENIOREN

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 9. Mai 2017, 16 Uhr,
Ernst-Barlach-Haus, Am Holzha-
fen 8

Bremen

Donnerstag, 11. Mai 2017, 15.30
Uhr, Grollander Krug

Der Vorstand der FG Senioren freut sich über viele Teilnehmer in Bremen und Bremerhaven.

Wolfgang Karzenburg





WIR HABEN FÜR GdP-MITGLIEDER DIE SICHERHEITS-LÖSUNG

**Sonderpreis für Mitglieder der GdP 125 Euro (Doppelbartschloss)
oder 210 Euro (Elektronikschloss)**

inkl. 19 % MwSt. und Versandkosten

Mit unserem neuen Partner, TresorStore24, können wir Euch einen Kurzwaffenschrank zu besonderen Vorzugskonditionen anbieten. In dem zertifizierten Tresor (Sicherheitsstufe B) haben im unteren Fach bis zu 5 Waffen in Waffenhaltern Platz, das separate Munitionsfach ist mit Zylinderschloss abschließbar. Den Tresor bieten wir unseren Mitgliedern wahlweise mit Doppelbart- oder Elektronikschloss an.

Infos und Bestellung unter:

Telefon 09123/99192

oder Mail info@tresorstore24.de

Kennwort: GdP2017

Außenmaße (H x B x T) mm: 255 x 395 x 380

Innenmaße (H x B x T) mm: 119 x 335 x 290

Gewicht (in kg): 30,5

Sicherheitsstufe B nach VDMA 24 992 Ausg. Mai 95

Waffenhalter auf Boden: 5

2 Verankerungsbohrungen Boden/Rückwand (Ø 16 mm)

Lieferzeit: ca. 10 Tage



© luckybusiness-fforolia.com



GdP Service GmbH Bremen · Bürgermeister-Smidt-Straße 78 · 28195 Bremen · Telefon: 0421/949585-4 · www.gdp-service-bremen.de

